



HESSISCHER LANDTAG

08. 04. 2024

Kleine Anfrage

Yanki Pürsün (Freie Demokraten) und Moritz Promny (Freie Demokraten)
vom 13.03.2024

Aktuelle Probleme der Ausländerbehörden

und

Antwort

Minister des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz

Vorbemerkung Fragesteller:

Aus einer im Oktober 2023 veröffentlichten Studie der Bertelsmann Stiftung (Quelle: → <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/migration-fair-gestalten/projektnachrichten/studie-auslaenderbehoerden-zwischen-anspruch-und-alltag>) geht hervor, dass 92 % der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ausländerbehörden über eine in den letzten Jahren stark erhöhte Arbeitsbelastung klagen. Hiervon sind auch die 31 hessischen Ausländerbehörden betroffen. Aus der chronischen Überlastung der Ausländerbehörden folgen häufig Notlagen für die betroffenen Menschen. „Keine Aufenthaltsgenehmigung, kein Job, keine Wohnung.“ (Quelle: → <https://www.hessenschau.de/politik/viele-auslaenderbehoerden-in-hessen-stehen-unter-druck-v1,auslaenderbehoerden-102.html>). Die Ausländerbehörde der Stadt Frankfurt konnte nunmehr ein halbes Jahr nach Einführung eines neuen Antragsportals eine positive Bilanz ziehen. Wie die Stadt mitteilte, habe man damit die Zahl der liegen gebliebenen E-Mails deutlich reduzieren können (Quelle: → <https://www.hessenschau.de/gesellschaft/auslaenderbehoerde-frankfurt-e-mail-rueckstau-wird-dank-neuem-online-portal-kleiner-v1,auslaenderbehoerde-frankfurt-104.html>).

Diese Vorbemerkung des Fragestellers vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1 Wie lange sind aktuell die Wartezeiten bei den hessischen Ausländerbehörden für die Vergabe eines ersten Termins? Bitte nach Ausländerbehörden getrennt aufschlüsseln.

Hierzu liegen der Landesregierung keine Erkenntnisse vor.

Frage 2 Wie viele Stellen sind derzeit bei den hessischen Ausländerbehörden unbesetzt? Bitte nach Ausländerbehörden getrennt aufschlüsseln.

Frage 3 Wie und in welcher Form gedenkt die Landesregierung Abhilfe zu schaffen?

Frage 7 Wie gedenkt die Landesregierung der Stigmatisierung der Ausländerbehörde als unbeliebten Arbeitsplatz entgegenzuwirken?

Die Fragen 2, 3 sowie 7 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die letzte Erhebung im März 2023 ergab, dass jede neunte Planstelle nicht besetzt war. Eine erneute Abfrage aller hessischen Ausländerbehörden ist innerhalb der Beantwortungsfrist nur mit einem unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwand leistbar. Die Stellenbesetzung fällt in die Personal- und Organisationshoheit der kommunalen Rechtsträger der Ausländerbehörden, auf die die Landesregierung keinen Einfluss hat.

Frage 4 Wie steht die Landesregierung zu der Empfehlung, durch landesseitige Runderlasse eine Entlastung über eine Reduktion von unnötigen Prüfaufträgen herbeizuführen und so Vorsprachen in den Behörden zu vermeiden, deren Ergebnis ohnehin feststeht?

Das Ausländerrecht ist Bundesrecht bzw. unmittelbar anwendbares Unionsrecht; die Ausländerbehörden sind als vollziehende Gewalt an dieses Recht gebunden. Es obliegt dem Gesetzgeber die Rechtsmaterie so auszugestalten, dass sich der Vollzug möglichst einfach gestaltet. Dass diese Vereinfachung dringend geboten ist, zeigt die Aktualisierung der Anwendungshinweise des Bundesministeriums des Innern und für Heimat zum Fachkräfteeinwanderungsgesetz (BGBI. I 2019, S. 1307) unter Berücksichtigung des Gesetzes und der Verordnung zur Weiterentwicklung

der Fachkräfteeinwanderung (BGBl. I 2023, Nr. 217, S. 1 bzw. BGBl. I 2023, Nr. 233, S. 1), die 256 Seiten umfasst.

Frage 5 Wie ist die Haltung der Landesregierung bezüglich der Digitalisierung und Automatisierung von Prozessen in den Ausländerbehörden?

Die Landesregierung unterstützt die Digitalisierung und Automatisierung von Prozessen in den Ausländerbehörden. So erfolgt die Finanzierung der im Ausländerwesen relevanten OZG-Dienstleistungen unmittelbar durch das Land. Es wird derzeit geprüft, inwieweit ein eigener Entwicklungsbeitrag des Landes zur automatisierten Vorprüfung von Verwaltungsentscheidungen erbracht werden kann.

Frage 6 Wie steht die Landesregierung zu der Empfehlung, durch Verwaltungsvorschriften und die Entwicklung von Prüfschemata die Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter bei der in der Praxis häufigen Ermessensausübung zu unterstützen?

Das Bundesrecht bindet die Ausländerbehörden immer strenger an das Recht. Ermessensspielräume werden systematisch abgeschafft, wie das Gesetz zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung (BGBl. I 2023, Nr. 217) und zuletzt das am 26.02.2024 verkündete Gesetz zur Verbesserung der Rückführung (BGBl. I 2024, Nr. 54) zeigen. Durch letzteres wurde beispielsweise das Ermessen der Ausländerbehörden bezüglich der Erteilung einer Beschäftigungserlaubnis nunmehr als gebundene Entscheidung ausgestaltet. Dies zeugt von einem tiefen, nach Ansicht der Landesregierung unberechtigten Misstrauen gegenüber den Ausländerbehörden und schadet der Herstellung von Einzelfallgerechtigkeit. Die Landesregierung kann aber in Wahrnehmung ihrer Fachaufsicht nicht feststellen, dass hessische Ausländerbehörden das ihnen bisher zugestandene Ermessen systematisch nicht pflichtgemäß ausüben könnten. Insofern besteht, anders als die Studie empfiehlt und auf die der Fragesteller Bezug nimmt, kein besonderer Handlungsbedarf.

Frage 8 Steht der aktuell bei den Ausländerbehörden zu beklagende Engpass einer Steigerung der Ausweisungen und Abschiebungen entgegen?

Nein. Es ist Aufgabe des Bundes – und nicht der Ausländerbehörden – die Länder im Hinblick auf Abschiebungshindernisse und -erschwernisse wie fehlende Reisepapiere oder mangelnde Akzeptanz von Sammelcharter-Maßnahmen sowie hinsichtlich nicht ausreichender Kooperation der Herkunftsländer zur Rückübernahme ausreisepflichtiger Personen zu unterstützen und Vollzugshindernisse zu beseitigen.

Frage 9 Welche politische Zielsetzung verfolgt die Landesregierung hinsichtlich der Zentralisierung von Aufgaben im Ausländerwesen?

Frage 10 Wird die Landesregierung jetzt endlich eine Zentrale Ausländerbehörde für die Fachkräfteeinwanderung schaffen?

Die Fragen 9 und 10 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die die Landesregierung tragenden Parteien haben in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, dass die Einführung einer Landesausländerbehörde in enger Abstimmung mit den Ausländerbehörden und den Regierungspräsidien ergebnisoffen geprüft wird.

Wiesbaden, 27. März 2024

Prof. Dr. Roman Poseck